

Unternehmer bügeln Land und Bund ab

Verbände fordern neuen Wirtschaftskurs

SCHWERIN Der Protest wird massiver: Nach den Industrie- und Handelskammern in MV (IHK) am Vortag haben auch die vier regionalen Unternehmerverbände in Schwerin, Rostock, Neubrandenburg und Vorpommern eine Korrektur der Wirtschaftspolitik im Bund und Land gefordert. In einem gestern veröffentlichten Appell verlangen sie eine Politik, die geeignet sei, wirtschaftliche Entwicklung zu befördern. „Politik und Gesetzgebung müssen wieder berechenbar“ sein. Die aus der „Ad-hoc-Gesetzgebung der Ampel in Berlin ... resultierende Planungsunsicherheit für unsere Unternehmen ist nicht nur Ursache für unternehmerischen Unmut, sondern gefährdet zukünftigen wirtschaftlichen Wohlstand.“

„Bürokratiemonster“ belasten Unternehmen

Der Wirtschaft in MV ist das Vertrauen in die Wirtschaftspolitik verloren gegangen: Den Unternehmen im Land sind vor allem immer wieder neue Auflagen ein Dorn im Auge. „Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, Hinweisgeberschutzgesetz, Arbeitszeiterfassungsgesetz und auf Landesebene Mecklenburg-Vorpommerns das Tariftreuegesetz sind Bürokratiemonster, die unseren Unternehmen wichtige Ressourcen entziehen und so den Wirtschaftsstandort Deutschland insgesamt schwächen“, schreiben die Präsidenten der vier Unternehmerverbände, Matthias Kunze (Schwerin), Frank Oestreich (Rostock), Gerold Jürgens (Vorpommern) und Thomas Bockhold (Neubrandenburg).

Und so wehren sie sich gegen den „Zwang, zum Eingehen von Tarifverträgen, um an öffentlichen Aufträgen teilzuhaben“. Vielmehr brauche es „zeitgemäße und individuelle Lösungen“, lehnen sie das Tariftreuegesetz ab. Die Verbände fordern eine Nachjustierung des Sozialstaates und Änderungen in der Energiepolitik, die für eine „nachhaltige, lieferfeste und bezahlbare“ Energieversorgung sorgen müsse. Vom Land wurde zur Sicherung von Liquidität des regionalen Mittelstandes ein Moratorium bei der Zurückzahlung von Coronahilfen verlangt.

Wirtschaft wehrt sich gegen Stigmatisierung

Offenbar nach wachsendem Unmut in den eigenen Reihen besonders in Vorpommern verteidigten die Verbände in dem offenen Brief überraschend die Proteste der Wirtschaft: Landesweit hatte die Initiative Unternehmeraufstand MV zu Autokorsos aufgerufen und damit eine Debatte über die bislang weitgehend anonym agierende Initiative ausgelöst. **Bislang war die Vereinigung der Unternehmensverbände MV (VU), in der die vier regionalen Unternehmensverbände organisiert sind, stets von den Aktionen der Initiative Unternehmeraufstand MV abgerückt.** Angesichts zahlreicher an den Autokorsos teilgenommener eigener Verbandsmitglieder üben sich die Verbände nun offenbar in Annäherung. Sie sehen die „Gefahr einer Stigmatisierung von Unternehmerinnen und Unternehmern, die ihre grundgesetzlich verbrieften Bürgerrechte in Anspruch nehmen, um auf wirtschaftspolitische, finanzpolitische und energiepolitische Fehlentscheidungen des politischen Raums aufmerksam zu machen“, so die Präsidenten. Es bedarf „einer Rückkehr zur Anerkennung der Qualität von Grundrechten als subjektive Rechte“. Allerdings, so eine Verbandssprecherin gestern, distanzieren man sich weiter von den oft anonym agierenden Organisatoren der Initiative, die den Unmut in der Wirtschaft nutzten und das demokratische System infrage stellten.

roth